

(Sekretär Fleißner.)

(A) konnte. Der fortschrittliche Bürgermeister Bönißch war es, der im Namen der Liberalen eine Rede gegen diesen Antrag hielt aus Furcht vor der Sozialdemokratie, die ja zu der Zeit, soweit sie organisatorisch zum Ausdruck kam, erst in den Kinderschuhen steckte. Sie hatte damals noch nicht die Bedeutung, die ihr heute zugestanden wird. Ein Sozialdemokrat in der Zweiten Kammer brachte es schon zuwege, den bürgerlichen Parteien vor der Sozialdemokratie eine derartige Furcht einzulösen. Das ist ein außerordentlich ehrendes Zeugnis für die Bedeutung und Wirksamkeit unserer Partei. Bis 1868 hatten sich also die Liberalen in ganz prononcierter Form gegen jedes beschränkte Wahlrecht erklärt, waren dagegen aufgetreten und hatten mehr oder weniger scharf dagegen gekämpft. Sie hatten 1848 auf den Barrikaden für diese Forderung gekämpft und ihr Blut hingegeben. 1877 aber erklärten dieselben Herren, die sich fortschrittlich nennen: ein solches Wahlrecht dürfen wir nicht einführen. In 10 Jahren also eine Wandlung, die als außerordentlich charakteristisch bezeichnet werden muß. 1893/94, als unsere Genossen in der Kammer dann stärker und imstande waren, selbst Anträge einzubringen, brachten sie auch von neuem einen derartigen Antrag ein. Im Verlaufe der Dinge zeigte sich in der Hauptsache dasselbe Bild, nur mit dem Unterschiede, daß man, so wie es heute der Herr Abg. Dpiß mit dem freisinnigen Antrage tun wollte, überhaupt nicht darüber redete. Die bürgerlichen Abgeordneten unterschrieben eine Erklärung, in der gesagt war, daß sie auf jede weitere geschäftliche Behandlung des Antrages verzichteten. So ließen sie tatsächlich nur die Sozialdemokraten für den Antrag reden, sie aber sagten dazu kein Wort. Wenn die Herren sich damals etwa eingebildet haben, daß man damit eine wichtige Volksforderung überhaupt aus der Welt schafft, so dürften sie wohl inzwischen eingesehen haben, daß man sich da schwer irrt und täuscht. Auf diese Weise kann natürlich nicht eine wichtige und an sich berechtigte Forderung des Volkes aus der Welt geschafft werden. Damals war es der Herr Vizepräsident Streit, wiederum ein Fortschrittsmann; es ist überhaupt eigentümlich, zu solchen Erklärungen suchte sich die Reaktion immer Fortschrittsmänner heraus. Die geschäftliche Behandlung von seiten der bürgerlichen Parteien lief auf eine absichtliche und demonstrative Mißachtung dieses Antrages hinaus. Es entstanden neue Kämpfe, nur mit dem Unterschiede, daß an die Stelle der liberalen Kämpfer

die sozialdemokratischen Kämpfer, die organisierten Arbeiter traten. Jene Episode von 1896 hat in der politischen Geschichte aller Länder ihresgleichen nicht, jener schmachliche Vorgang, der, als die sozialdemokratische Fraktion von neuem einen Wahlrechtsantrag einbrachte, dazu führte, daß nicht ein besseres, sondern ein Wahlrecht eingeführt wurde, von dem einmal bekanntlich Fürst Bismarck gesagt hat, daß es das elendeste und erbärmlichste Wahlrecht sei, das es überhaupt gebe. Auf Einzelheiten dieser Episode und dieser Kämpfe einzugehen, habe ich keine Veranlassung, sie sind in verhältnismäßig frischer Erinnerung. Jedenfalls war dieser Akt gegenüber der stärksten Partei des Landes unerhört und nirgends mehr in der politischen Geschichte eines Landes zu verzeichnen. Er war eine frivole Herausforderung des Volkes. Wenn man sich die Rede durchliest, die damals der der Zweiten Kammer angehörende konservative Abgeordnete Dr. Mehnert gehalten hat, so möchte man geradezu daran verzweifeln, ob denn auf jener Seite zu der Zeit wirklich das nötige Verständnis zur Beurteilung der Sachlage vorhanden war. Die Entwicklung hat ja jenem Herrn unrecht gegeben und gezeigt, daß man auf solche Weise und mit solchen Mitteln eine große Partei auf die Dauer nicht wirkungslos machen kann, im Gegenteil, wir haben ja gesehen, daß dieses Wahlrecht aufgegeben werden mußte, allerdings gedrängt und geschoben von den Massen der Arbeiterschaft, die gegen dieses Dreiklassenwahlrecht gekämpft haben, wie in Sachsen niemals von einer Partei um ein Wahlrecht gekämpft worden ist. Auch damals ging es so, die Herren Nationalliberalen und Fortschrittler waren mit Herrn Dr. Mehnert bez. mit den Konservativen einer Meinung darüber, daß die richtige Antwort auf die Wahlrechtsforderung der Sozialdemokratie sein müsse eine Verschlechterung des Wahlrechts.

Wie das Dreiklassenwahlrecht gemacht worden ist, das ist auch einzig in seiner Art. Ich brauche auf die Einzelheiten nicht einzugehen. Ich will nur darauf hinweisen, daß damals, wie Ihnen allen in Erinnerung sein wird, aus bürgerlichen Kreisen, aus wohlangeesehenen bürgerlichen Kreisen heraus der heftigste Widerstand gegen jenen Plan gekommen ist. Ich erinnere nur daran, wie die Herren Böhmert, Binding und Sohm in einem großen Aufrufe geradezu gewarnt haben, einen derartigen Schritt zu tun. Der Professor Sohm war es, der diesen Schritt, der da getan werden sollte, ein „nationales Unglück“